

Mehr Überwachung in Bus und Bahn



Busfahrer Frank Wasner
FOTOS: WENZEL

VON ULRICH SCHUBERT

GÖTTINGEN. Der Anschlag in Berlin, der Silvester-Einsatz der Polizei in Köln und brutale Übergriffe auf Passanten in U-Bahnstationen haben die Sicherheitsdebatte neu entfacht. Immer mehr führende Politiker wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière fordern mehr Videoüberwachung. Während Göttinger Behörden und Universität eher skeptisch sind, begrüßen Verkehrsbetriebe den Vorstoß – und überwachen bereits. Ein Überblick:

An öffentlichen Straßen und Plätzen in der Stadt Göttingen gibt es nach Auskunft der **Stadtverwaltung** keine Kameras zur Überwachung – allerdings in einigen städtischen Gebäuden: zum Beispiel im Neuen Rathaus im Bereich der Ein- und Auszahlungsautomaten, in der Stadtbibliothek, im Museum und bei der Berufsfeuerwehr. „Und natürlich immer mit dem Hinweis auf die

Überwachung“, versicherte Verwaltungssprecher Detlef Johannson. Dabei würden Sicherheitsaspekte die entscheidende Rolle spielen. Generell „gehen wir mit dem Einsatz solcher Kameras sehr zurückhaltend um“, ergänzte er.

Der **Landkreis Göttingen** hat mit den Gebäuden im Alt-kreis Osterode, seinen Schulen und Mülldeponien viele öffentliche und halböffentliche Anlagen. Wo genau Kameras installiert sind, konnte die Pressestelle kurzfristig nicht mitteilen. Sicher aber sei, dass vorhandene Überwachungskameras auch kenntlich gemacht seien.

Die **Göttinger Verkehrsbetriebe** (GöVB) haben nach Angaben ihres Geschäftsführers, Michael Neugebauer, inzwischen etwa die Hälfte der Stadtbusse mit Kameras ausgestattet – für Videos ohne Ton. Sie seien „kenntlich gemacht“, und es sollen mehr folgen. „Wir haben das Gefühl, dass Vandalismus, Schä-

Bahnhof, Busse, Behörde: Videoüberwachung im öffentlichen Raum in Göttingen: Stadt setzt Kameras sparsam ein – Busbetriebe und Deutsche Bahn rüsten auf

den dadurch und die Folgekosten deutlich zurückgehen, wenn Kameras installiert werden, deren Bilder in die Bahnhofsbetriebszentrale der DB sowie in die Wache der Bundespolizei übertragen werden, sagte der DB-Pressesprecher im Regionalbüro Nord, Egbert Meyer-Lovis. Auch im **Göttinger Bahnhof** seien Kameras montiert. Die Bundespolizei könne die Aufnahmen gemäß den Vorgaben des Datenschutzes temporär speichern. Sie würden auch im Rahmen von Ermittlungen zu Straftaten verwendet. In den Zügen der DB gebe es hingegen keine Kameras.

Das Thema wird am **Klinikum in Zukunft intensiv diskutiert werden.**

Bettina Bulle,
UMG-Sprecherin

ten in manchen Fällen zudem hilfreich sein bei der Beweissicherung – auch für die Polizei.

Die **Deutsche Bahn** baut nach eigenen Angaben weiter kontinuierlich die Überwachung an Bahnhöfen aus. Am

Bremer Hauptbahnhof seien erst kürzlich 88 Videokameras installiert worden, deren Bilder in die Bahnhofsbetriebszentrale der DB sowie in die Wache der Bundespolizei übertragen werden, sagte der DB-Pressesprecher im Regionalbüro Nord, Egbert Meyer-Lovis. Auch im **Göttinger Bahnhof** seien Kameras montiert. Die Bundespolizei könne die Aufnahmen gemäß den Vorgaben des Datenschutzes temporär speichern. Sie würden auch im Rahmen von Ermittlungen zu Straftaten verwendet. In den Zügen der DB gebe es hingegen keine Kameras.

Das gilt auch für **Metronom-Züge**, die in Göttingen halten, „weil das Land Niedersachsen

als Eigentümer der Wagen bisher keine eingebaut hat“, erklärte Metronom-Sprecher Björn Pamperin. Dafür zuständig sei die Nahverkehrsgesellschaft des Landes (NLVG). „Wir würden den Einbau absolut begrüßen“, fügte er an. Kameras in Zügen erhöhten die subjektive Sicherheit der Fahrgäste, seien eine angemessene Form der Abschreckung „und helfen tatsächlich bei der Aufklärung von Straftaten“. Das habe sich bereits in den Enno-Zügen des Unternehmens im Raum Braunschweig gezeigt. Sie seien alle mit Kameras ausgestattet.

Dass Videoüberwachung in Zügen hilfreich sei, habe auch die **NLVG** erkannt, sagte ihr Pressesprecher Rainer Peters – und folge damit einer aktuellen Forderung von Niedersachsens Verkehrsminister Olaf Lies (SPD). Ab 2018 würden alle Metronom-Züge während ihrer regelmäßigen Hauptuntersuchungen nach und nach nachgerüstet. Etwa

100 000 Euro koste das je Sechs-Wagen-Zug. Eine vom Ministerium beauftragte Forsa-Umfrage habe gezeigt, dass sich eine überwiegende Mehrheit der Fahrgäste durch Kameras in Zügen sicherer fühlen würde, erklärte Peters zum Hintergrund. „Und wir gehen davon aus, dass dann auch der Vandalismus in Zügen deutlich abnimmt.“

Am **Göttinger Universitätsklinikum** wird keine systematische Videoüberwachung mit Aufzeichnung eingesetzt. „Alle Kameras, zum Beispiel die von Gegensprechanlagen sind Bildübertragung, sind deutlich erkennbar und zeichnen auch keine Bilder auf“, sagt UMG-Sprecherin Bettina Bulle. Aber: „Das Thema wird am Klinikum in Zukunft intensiv diskutiert werden.“ Auch an und in Gebäuden der Universität Göttingen gebe es „keine klassische Videoüberwachung“, ergänzte eine Uni-Sprecherin.

Rechtliche Grundlage

Videoüberwachung unterliegt verschiedenen Rechtsvorschriften. Je nach Einsatzzweck gehören dazu Bundes- und Landesdatenschutzgesetze, das Grundrecht der freien Persönlichkeitsentfaltung, das Recht am eigenen Bild oder das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Die Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume ist grundsätzlich nur zulässig, wenn sie zur Aufgabenerfüllung von öffentlichen, staatlichen Stellen vorgenommen wird. In Ausnahmefällen kann sie auch von privater Seite zur Wahrnehmung des Hausrechts oder für konkret festgelegte Zwecke zulässig sein. Es bedarf allerdings einer vorherigen Interessenabwägung. Videoüberwachung muss immer gekennzeichnet werden. *ms*



„Ausweitung“ oder „Populismus“

Unterschiedlich bewerten die Fraktionen im Göttinger Rat eine Ausweitung der Videoüberwachung. Während sich die einen für eine flächendeckende Videoüberwachung aussprechen ist für andere der Ruf nach mehr Überwachung „Populismus“.

Für die **SPD** im Rat bedeuten mehr Kameras nicht automatisch mehr Sicherheit. Für Fraktionschef Tom Wedrins ist entscheidend, dass Daten „effizient und zügig“ ausgewertet werden können, zudem sei eine „unbürokratische“ Zusammenarbeit der Behörden nötig. Anders die **CDU**: Sie befürwortet eine Ausweitung der Videoüberwachung. „Um Straftaten schneller aufklären zu können, auch wenn die Persönlichkeitsrechte der Bürger eingeschränkt werden“, sagt die

stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Wibke Güntzler. Eine Ausweitung in Göttingen müsse aber „in enger Absprache mit der örtlichen Polizei geprüft werden“.

„Wir bezweifeln, dass eine Videoüberwachung die Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen würde“, sagt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der **Grünen**, Dagmar Sakowsky. „Eine permanente Videoüberwachung“ aller Bürger in Göttingen, sobald sie sich im öffentlichen Raum bewegen, sei „ein schwerwiegender Eingriff“ in Persönlichkeitsrechte.“ Für Felicitas Oldenburg (**FDP**) hält hingegen eine Ausweitung für eine „Beruhigungspille“. Sie macht sich stattdessen für mehr Polizei und für die „bewährten Ansätze“, etwa einer offenen Jugendsozialar-

beit, stark. „Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist unseres Erachtens kaum erforderlich und wenn, nur in ganz engen Grenzen und an ganz besonders gefährdeten Orten, wie etwa Synagogen“, sagt Linken-Fraktionschef Gerd Nier. Für Göttingen hält die **Linke** die Beibehaltung der Kontaktbereichsbeamten für „wesentlich angebrachter“. Für Torsten Wucherpfennig (Antifa Linke) ist der Ruf nach schärferen Gesetzen und mehr Videoüberwachung „an Populismus kaum zu übertreffen“. Videoaufzeichnung und Speicherung müssten „gesetzlich stark begrenzt“ bleiben. Auch die **Piraten** sehen eine Ausweitung kritisch, sagt Francisco Welter-Schultes. Die jüngsten Fahndungserfolge in U-Bahnen ließen sich nicht von der Hand

weisen. Videoüberwachung schaffe aber nur eine Scheinsicherheit. Für Göttingen, so Welter-Schultes, müsse nicht die Überwachung ausgeweitet werden, sondern die Zahl der Kontaktbereichsbeamten. „Wir sind grundsätzlich für die Videoüberwachung und arbeiten dabei bereits an einem Konzept“, sagt Helena Arndt (**Die Partei**). Kommentarfunktion und die Pay-per-View-Option für den Live-Stream inklusive. So werde das Thema innere Sicherheit zu einem „Gewinngeschäft für den Kämmerer und den Bürger“. Auf dem Standpunkt „Wer nichts im Schilde führt, braucht auch nichts zu befürchten“ steht Katrin Prager von den Liberal-Konservativen Reformern. *mib*

➔ Mehr unter gturl.de/kamera